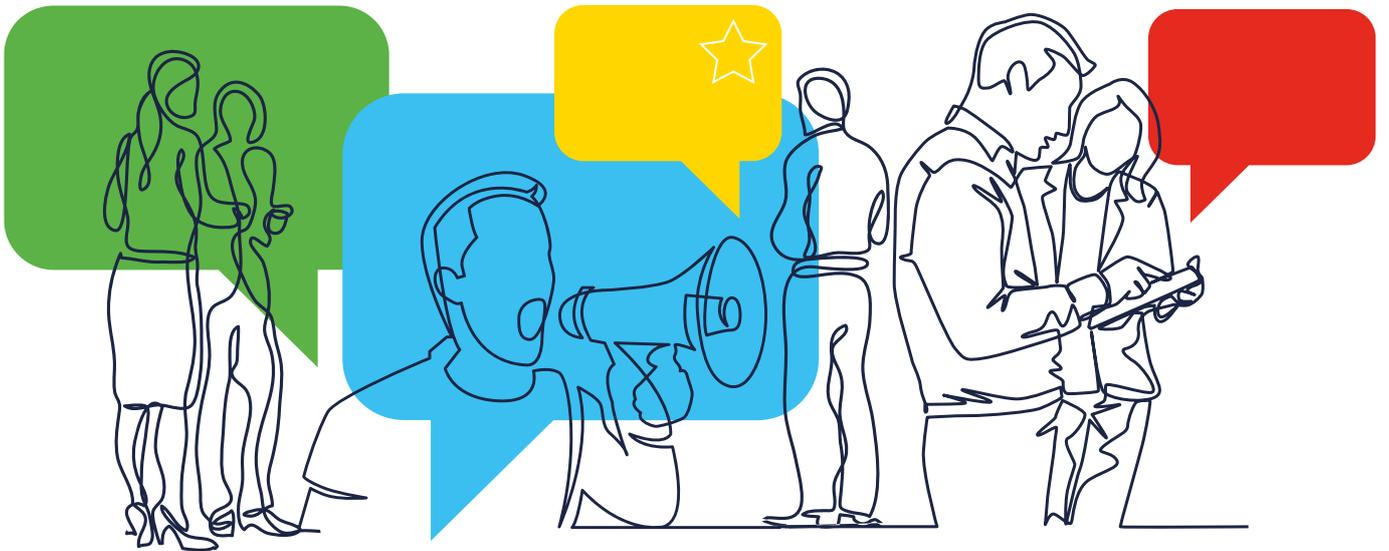




FORUM ZUR EUROPÄISCHEN BÜRGERINITIATIVE

„MINORITY SAFEPACK – EINE
MILLION UNTERSCHRIFTEN FÜR
DIE VIELFALT EUROPAS“



MEHR ERFAHREN – DISKUTIEREN – VERNETZEN – RAT SUCHE

| INHALT

„Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“	3
„Minority SafePack“ – die Kampagne	6
Auswirkungen der Kampagne „Minority SafePack“	12

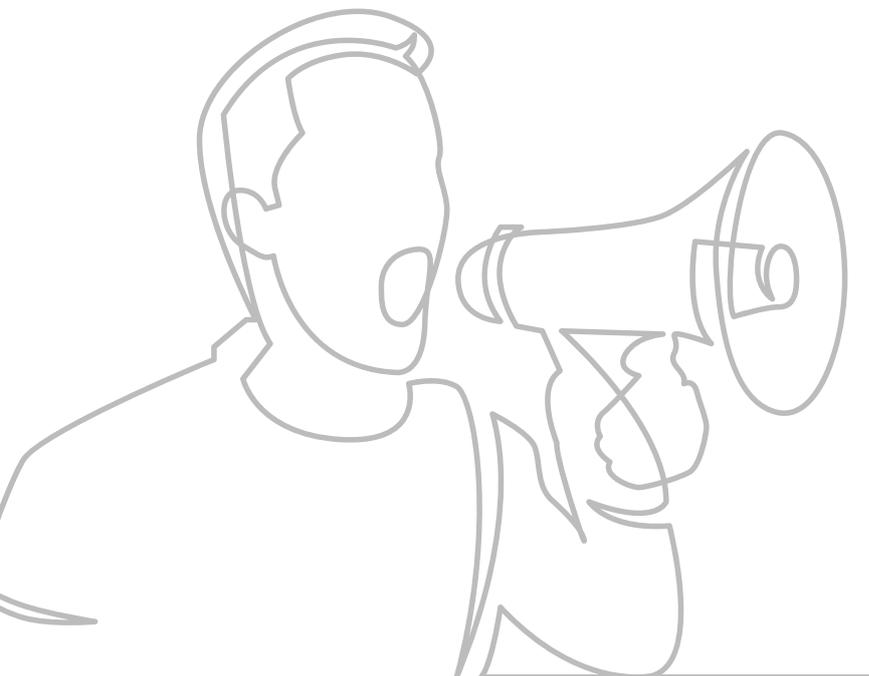


1

„Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“

Die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack – eine Million Unterschriften für die Vielfalt Europas“ wurde am 3. April 2017 registriert. Damit begann die einjährige Frist für die Unterschriftensammlung. Ursprünglich hatte die Kommission die Registrierung im September 2013 abgelehnt – dieser Beschluss wurde jedoch im Februar 2017 vom Gericht der Europäischen Union für nichtig erklärt, sodass die Registrierung schließlich vorgenommen wurde.

Im Rahmen der Initiative wurde die Kommission aufgefordert, elf Rechtsakte vorzuschlagen, um den Schutz für Angehörige nationaler und sprachlicher Minderheiten zu verbessern und die kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union zu stärken. Der Schwerpunkt der Initiative lag unter anderem auf Regional- und Minderheitensprachen, Bildung und Kultur, Regionalpolitik, Teilhabe, Gleichstellung, audiovisuellen und anderen Medieninhalten sowie auch auf der regionalen (staatlichen) Förderung. Es ist darauf hinzuweisen, dass zwei der elf vorgeschlagenen Rechtsakte außerhalb des Rahmens lagen, in dem die Kommission befugt ist, Legislativvorschläge vorzulegen. Infolgedessen konnten Unterstützungsbekundungen nur für die neun Vorschläge eingeholt werden, die in den Zuständigkeitsbereich der Kommission fallen.



Die Europäische Kommission registrierte die folgenden neun Vorschläge:

1. Empfehlung der EU zum Schutz und zur Förderung kultureller und sprachlicher Vielfalt in der Union
2. Finanzierung von Programmen für kleine Sprachgemeinschaften
3. Schaffung eines Zentrums für Sprachenvielfalt
4. Erweiterung der Ziele der Fonds der EU für regionale Entwicklung auf den Schutz nationaler Minderheiten und die Förderung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt
5. Forschungsarbeiten über den Mehrwert von Minderheiten für unsere Gesellschaften und Europa
6. Annähernde Gleichstellung von staatenlosen Minderheiten wie beispielsweise Roma
7. Einheitliches europäisches Urheberrecht, das Minderheiten den Zugang zu Dienstleistungen und Inhalten ermöglicht, die in ihrer Muttersprache angeboten werden
8. Freier Dienstleistungsverkehr und freier Empfang audiovisueller Inhalte in Regionen, in denen Minderheiten leben
9. Gruppenfreistellung für die regionale (staatliche) Förderung der Kultur, der Medien und des kulturellen Erbes von Minderheiten

Die Organisatoren betrachteten die Europäische Bürgerinitiative als maßgebliches Instrument im Rahmen ihres Einsatzes für Minderheitenrechte. Ihrer Auffassung nach handelte es sich dabei „um das einzige leistungsfähige Instrument der partizipativen Demokratie in der EU, durch das die Stimme der europäischen Bürgerinnen und Bürger an Kraft gewinnen und in den europäischen Organen Gehör finden kann“.

Im Laufe der einjährigen Frist für die Unterschriftensammlung gelang es, für das „Minority SafePack“ 1 123 422 gültige Unterstützungsbekundungen einzuholen. Was die nationalen Schwellenwerte in den einzelnen Mitgliedstaaten betrifft, so konnte in elf Mitgliedstaaten die erforderliche Zahl von Unterschriften gesammelt werden.

Nach Abschluss der Unterschriftensammlung und der Prüfung der Unterschriften wurde die Initiative am 10. Januar 2020 förmlich bei der Europäischen Kommission eingereicht (siehe [Pressemitteilung](#)). Anschließend trafen die Organisatoren am 5. Februar 2020 mit der für Werte und Transparenz zuständigen Vizepräsidentin



der Europäischen Kommission, **Věra Jourová**, und der Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, **Mariya Gabriel**, zusammen.

Am 15. Oktober 2020 fand im Europäischen Parlament eine öffentliche Anhörung statt (siehe [Pressemitteilung](#)), und am 14. Dezember 2020 wurde die Initiative auf einer Plenartagung erörtert. In der am 17. Dezember 2020 angenommenen [Entschließung](#) brachte das Europäische Parlament seine Unterstützung für die Initiative zum Ausdruck (siehe [Pressemitteilung](#)).

Zu diesem Zeitpunkt stellte die COVID-19-Pandemie eine echte Herausforderung für die Initiative dar. Die öffentliche Anhörung musste zweimal verschoben werden, und vor dem Hintergrund der Pandemie war es schwer, das öffentliche Interesse für Minderheitenrechte aufrechtzuerhalten.

Am 14. Januar 2021 nahm die Kommission eine Mitteilung über die Initiative an (siehe [Pressemitteilung](#)). Die Organisatoren waren jedoch mit der Antwort der Kommission nicht zufrieden. Daher reichten sie am 24. März 2021 beim Gericht der Europäischen Union eine Klage auf Nichtigkeitsklärung der Mitteilung der Kommission ein.

Herkunft der Mittel (€)



■ The Federal Union of European Nationalities (FUEN)



Erfolgsfaktoren:

- Engagement für die Sache und Beharrlichkeit, wenn die Dinge nicht so laufen wie geplant.
- Gut konzipierte und auf das Zielpublikum zugeschnittene Kampagnenstrategie. Beispielsweise sollten Sie sich im Rahmen einer Kampagne für Minderheitenrechte in Minderheitensprachen an die Menschen wenden.
- Aktive Kampagnenführung in den lokalen Gemeinschaften unterschiedlicher Mitgliedstaaten, aber auch bei Institutionen und Politikern auf nationaler und europäischer Ebene.
- Ermittlung starker und zuverlässiger Partner für die Kampagne.
- Aufbau eines leistungsstarken und engagierten Teams.

2

„Minority SafePack“ – die Kampagne

Vorbereitung

Die Bürgerinitiative „Minority SafePack“ wurde von einer Gruppe von Organisatoren mit Unterstützung der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEN), der Südtiroler Volkspartei, der Demokratischen Allianz der Ungarn in Rumänien und der Jugend europäischer Volksgruppen ins Leben gerufen. Die Idee, eine Million Unterschriften zu sammeln sowie Minderheiten und ethnischen Gruppen einen Platz weit oben auf der europäischen Agenda zu verschaffen, entstand bereits 2011. Die Vorbereitungen des ersten Starts der Initiative im Jahr 2013 nahmen zwei Jahre in Anspruch.¹

In dieser Vorbereitungsphase hatten die Organisatoren klare Zielsetzungen vor Augen. Insbesondere wollten sie eine Reihe von Legislativvorschlägen konzipieren, wobei der Schwerpunkt darauf lag, **ihre Anliegen in der Praxis zu verankern**. Mit diesem Ziel vor Augen organisierten sie Treffen, konsultierten Rechtsexperten sowie Sachverständige für Minderheitenrechte und bemühten sich auf unterschiedlichen Ebenen um politische Unterstützung. Des Weiteren sorgten sie dafür, dass die im Rahmen der Initiative vorgelegten **Vorschläge auf den EU-Verträgen basierten und ihr Wortlaut entsprechend angepasst wurde**.²

Eine weitere Herausforderung ergab sich in der Vorbereitungsphase aus dem **breit angelegten Schwerpunkt und den ehrgeizigen Zielen** der Initiative. Statt sich auf ein einziges Thema zu konzentrieren, wollten die Organisatoren die zahlreichen Probleme berücksichtigen, mit denen traditionelle Minderheiten in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten zu kämpfen haben, und versuchen, für diese Vielzahl von Problemen umfassende Lösungen zu finden. Die Initiative wollte mehr, als nur eine Million Unterschriften zu sammeln. Tatsächlich bestand eines der wichtigsten Ziele darin, in Europa eine öffentliche Debatte anzustoßen und die einjährige Frist dafür zu nutzen, eine starke und langfristige Koalition für Minderheitenrechte zu schmieden. Die Organisatoren wollten sich nicht darauf beschränken, Unterschriften in sieben Mitgliedstaaten zu sammeln, sondern ihre Initiative in möglichst vielen europäischen Regionen vorstellen.

Die Vorbereitungsphase des „Minority SafePack“ war nicht einfach: Der erste Antrag auf Registrierung wurde von der Europäischen Kommission abgelehnt, weil die vorgebrachten Forderungen nicht in den Bereich fielen, in dem die Kommission Legislativvorschläge vorlegen kann. Der betreffende Beschluss der Kommission wurde vor dem Gericht

1 <https://www.fuen.org/de/article/What-will-be-the-next-steps>

2 <https://www.fuen.org/de/article/Expert-meeting-in-Brussels>



der Europäischen Union angefochten. Insgesamt dauerte es dadurch mehrere Jahre, bis die Initiative schließlich 2017 offiziell registriert wurde.

Koordiniert wurde die Kampagne von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen, dem Dachverband der europäischen Minderheiten, in dem mehr als 100 Organisationen aus 35 Ländern vertreten sind. Die wichtigsten Schritte der Vorbereitungsphase waren die Entwicklung einer klaren Strategie, die Ermittlung von Partnern und die Beschaffung von Mitteln für die Durchführung der europäischen Kampagne.

Durchführung

Die Unterschriftensammlung für das „Minority SafePack“ begann im April 2017. Im darauffolgenden Monat wurde der Kampagnenstart auf Schloss Bánffy in Rumänien mit einer Veranstaltung gefeiert, an der mehr als 400 Unterstützerinnen und Unterstützer aus ganz Europa teilnahmen und über die mehr als 50 Journalistinnen und Journalisten berichteten.³ (Hier finden Sie das Video von der Veranstaltung zum Kampagnenstart.)

Nach dieser offiziellen Auftaktveranstaltung begannen mehrere FUEN-Mitgliedsorganisationen und Partner in unterschiedlichen Mitgliedstaaten und Regionen unverzüglich mit der **Planung und Organisation eigener Veranstaltungen** zur Unterstützung der Initiative.⁴ **Zudem wurde eine Strategie für eine europaweite Kampagne** erarbeitet und eine neue Website erstellt, deren Schwerpunkt auf eingängigen Geschichten aus ganz Europa und der Vorstellung der Broschüre und anderer Informationsmaterialien zum „Minority SafePack“ lag.

Auch in der Durchführungsphase **teilten die Unterstützerorganisationen die Zuständigkeiten untereinander auf**. So sagte beispielsweise die Demokratische Allianz der Ungarn in Rumänien (RMDSZ) zu, 250 000 der erforderlichen einen Million Unterschriften zu sammeln.

Um ihre wichtigsten Zielgruppen (nationale Minderheiten) zu erreichen, versuchten die Organisatoren, die Botschaften ihrer Kampagne mit den unterschiedlichen Problemen zu verknüpfen, mit denen Minderheiten in Europa konfrontiert sind. Es war wichtig, die Botschaften möglichst persönlich zu gestalten, da „die verschiedenen Minderheiten in Europa unter unterschiedlichen Umständen leben, die in erster Linie davon abhängig sind, in welchem Mitgliedstaat sie wohnen; einige von ihnen genießen bei Entscheidungen in sie betreffenden Angelegenheiten uneingeschränkte Autonomie, während andere nicht einmal anerkannt sind. Wir haben jeweils versucht, die dringlichsten Probleme zu ermitteln, und den betreffenden Gemeinschaften das Minority SafePack als mögliche Lösung präsentiert.“

Darüber hinaus machten die Organisatoren eine weitere wichtige Zielgruppe aus: die Bürgerinnen und Bürger der Mitgliedstaaten, die sich den Angehörigen ihrer im Ausland lebenden Volksgruppe eng verbunden fühlen, wie beispielsweise in Dänemark, Deutschland oder Ungarn.



3 <https://www.fuen.org/de/article/The-petition-campaign-for-the-Minority-SafePack-Initiative-started-in-Bonchida>

4 <https://www.fuen.org/de/article/The-Minority-SafePack-Initiative-is-now-available-for-online-signatures>

Für die Umsetzung der Kampagnenstrategie waren die **Übersetzung der Materialien und die Verwendung einer Vielzahl von Sprachen von maßgeblicher Bedeutung**. Letztlich wurde das „Minority SafePack“ in mehr als 30 Sprachen kommuniziert, darunter auch in Regionalsprachen, die in der EU keine Amtssprachen darstellen. Das war wichtig, weil bis zu 50 Millionen Unionsbürgerinnen und -bürger Regional- oder Minderheitensprachen sprechen, und sich alle Angehörigen nationaler oder sprachlicher Minderheiten mit der Kernbotschaft der Initiative identifizieren sollten, dass diese den Interessen ihrer jeweiligen Gemeinschaft dient und eine Investition in das Leben künftiger Generationen darstellt. Hunderte von Botschaften wurden erfolgreich auf die unterschiedlichen Zielgruppen zugeschnitten: „Stellen Sie sich vor, Sie gehören zu den 41 000 ladinischsprachigen Einwohnerinnen und Einwohnern Norditaliens und entdecken einen ladinischen Post in den sozialen Medien!“⁵

Für den Erfolg der Initiative war es entscheidend, sich europaweit auch **außerhalb der Minderheitengemeinschaften umfassende Unterstützung zu sichern**. Die Botschaft der Kampagne musste klar kommuniziert werden: „Wir stehen auf der richtigen Seite. Wir wollen den Mehrheitsgemeinschaften nichts wegnehmen!“ – so formulierte es der Präsident des RMDSZ, **Hunor Kelemen**.⁶ Noch wichtiger ist, dass die Organisatoren des „Minority SafePack“ auch die Mitwirkung der Mehrheitsbevölkerung im Blick hatten, weil sie ein starkes Netzwerk aus Partnern für „eine Koalition“ aufbauen wollten, „die die Initiative für die Europäische Kommission unvermeidlich und unausweichlich machen wird“.

Des Weiteren wollten die Organisatoren ihre Strategie auf europäischer Ebene umsetzen, indem **sie sich die Unterstützung politischer Entscheidungsträger sicherten**. Um dies zu erreichen, besuchten sie zahlreiche Partner, Institutionen und FUEN-Mitgliedsorganisationen in mehreren Ländern. Die Delegation des „Minority SafePack“ traf darüber hinaus mit der interfraktionellen Arbeitsgruppe für traditionelle Minderheiten, nationale Gemeinschaften und Sprachen des Europäischen Parlaments zusammen, um über die Kampagne zu sprechen. Die Organisatoren forderten die Mitglieder der interfraktionellen Arbeitsgruppe auf, sie bei der Verbreitung der Botschaft der Initiative im Parlament zu unterstützen. Ziel war es, dass die Mitglieder des Europäischen Parlaments sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Medien in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten über die Initiative informieren. Des Weiteren sollten Partner gewonnen werden, um den Erfolg der Initiative zu gewährleisten. Der Ko-Vorsitzende **Nils Torvalds** sagte der Delegation seine Unterstützung zu, und mehrere Abgeordnete kündigten an, sich im Rahmen der Kampagne aktiv zu engagieren.⁷ Auch die Unterstützung des Europarates war für die Initiative „Minority SafePack“ von großer Bedeutung. Um sich diese Unterstützung zu sichern, nahm eine Delegation des „Minority SafePack“ an der Herbsttagung der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg teil.

5 https://europa.eu/citizens-initiative-forum/blog/minority-safepack-advice-ongoing-initiatives-adapt-new-setting_de

6 <https://www.fuen.org/de/article/FUEN-Congress-Cluj-NapocaKolozsvar-to-become-the-European-capital-of-minorities-in-May>

7 <https://www.fuen.org/de/article/MEPs-engage-in-petition-campaign-for-the-Minority-SafePack-Initiative>

| Unterschriftensammlung

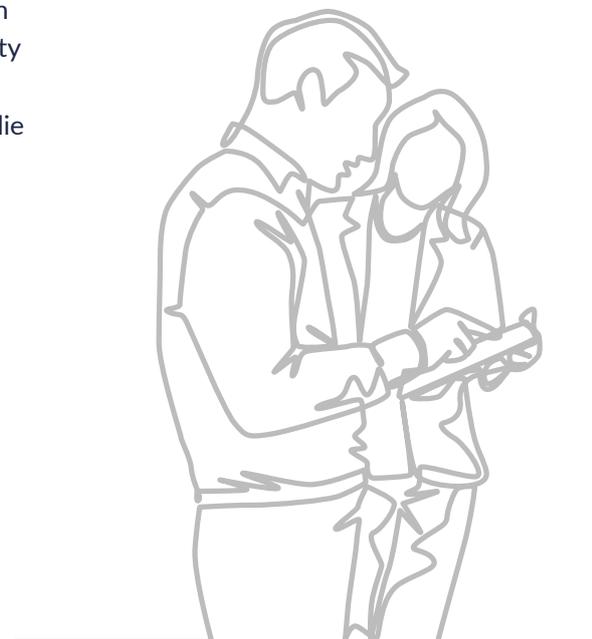
Um die erforderliche Zahl von einer Million Unterschriften zu erreichen, war die Mitwirkung der FUEN-Mitgliedsorganisationen, der regionalen Partner der Initiative und der Gemeinschaften von entscheidender Bedeutung. Das Kampagnenteam setzte sich aktiv dafür ein, innerhalb des Netzwerks umfassende Informationen bereitzustellen und den Austausch bewährter Verfahren und erfolgreicher Strategien zu gewährleisten. Das FUEN-Präsidium und die Mitglieder des Bürgerkomitees waren stets bereit, in Mitgliedstaaten zu reisen, um die Menschen auf die Initiative aufmerksam zu machen. Ungeachtet dessen spielte auch das Basisnetzwerk für die Unterschriftensammlung eine wichtige Rolle: Es ging darum, persönliche Geschichten zu erzählen, Botschaften zu vermitteln und der lokalen Bevölkerung vor Augen zu führen, dass es sich beim „Minority SafePack“ um eine Initiative handelte, „die das alltägliche Leben [von Minderheitengemeinschaften] und das der 50 Millionen europäischen Bürger und Bürgerinnen, die zu den [...] Minderheiten und Sprachgruppen gehören, verbessern kann“.⁸

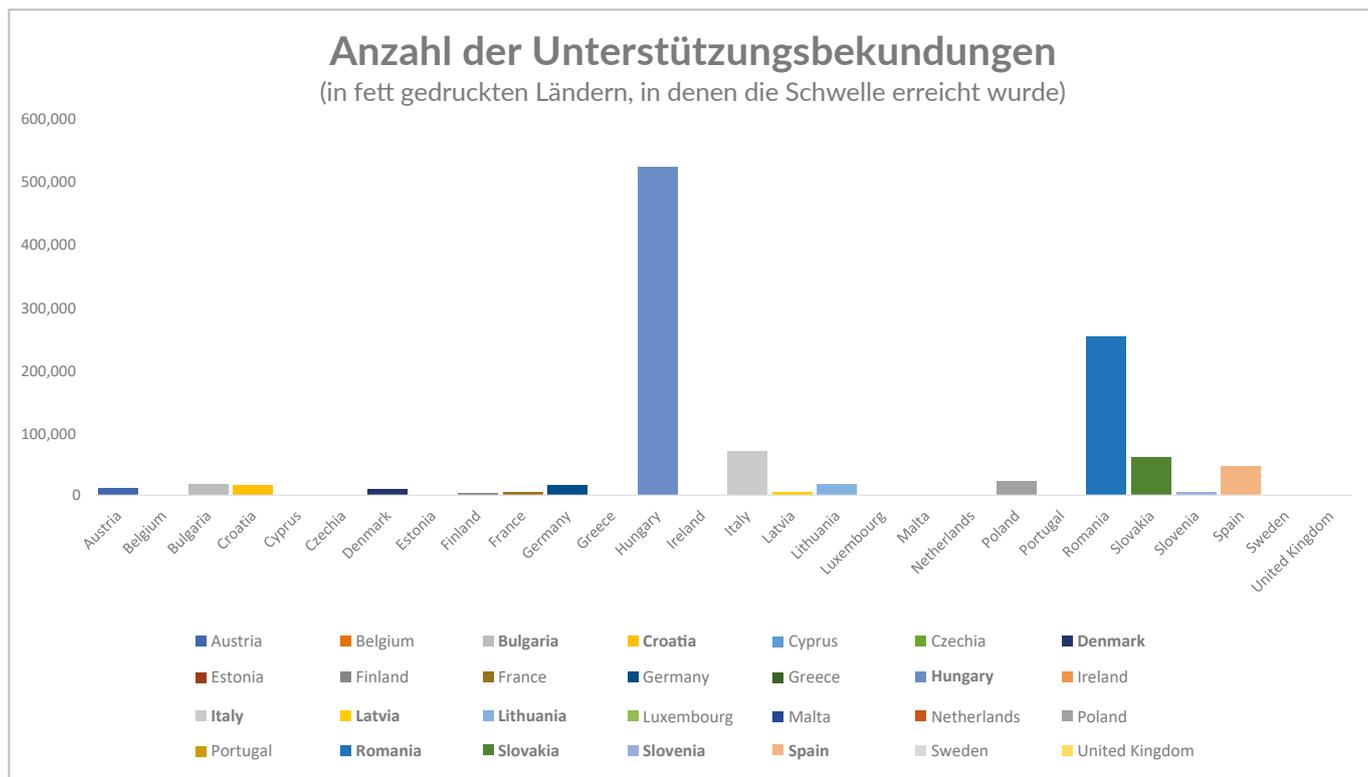
Es wurde eine starke Koalition geschmiedet, zu deren Partnern auch Organisationen gehörten, die sich mit dem Thema der Initiative befassten und Erfahrung mit Kampagnen hatten. Diese Partner waren insbesondere in Litauen, Bulgarien, Slowenien und Spanien maßgeblich an der Unterschriftensammlung beteiligt. Die Organisatoren motivierten ihre Partner, indem sie sie über die erreichten Meilensteine informierten und für die kontinuierliche Kommunikation zwischen den Mitgliedern des Netzwerks sorgten. Der Schwerpunkt der Unterschriftensammlung lag auf den Mitgliedstaaten mit großen Minderheitengemeinschaften sowie auf Ländern, in denen der Schutz von Minderheiten als besonders problematisch galt.

Die technischen Voraussetzungen für die Unterschriftensammlung wurden im Juni 2017 geschaffen. Über die Website der Kampagne für das „Minority SafePack“ konnte sowohl auf Formulare als auch auf das Online-Tool zur Erfassung von Unterschriften zugegriffen werden. Im September stiegen die Organisatoren des „Minority SafePack“ auf das Online-Sammelsystem der Kommission um, da dieses ihren Bedürfnissen besser entsprach.

Neben der Optimierung ihres Online-Sammelsystems setzten die Organisatoren der Initiative in hohem Maße auf die Sammlung von Unterschriften auf **Papier**. Hierfür wurden beispielsweise Freiwillige eingesetzt, die in ihren Gemeinschaften von Tür zu Tür gingen, die Kampagne vorstellten und die Unterzeichner dabei unterstützten, die erforderlichen Angaben in die Formulare einzutragen. Die Organisatoren betonten: „Unserer Erfahrung nach müssen wir auf die Straße gehen und mit den Menschen sprechen, um Unterschriften zu sammeln.“

⁸ <https://www.fuen.org/de/article/A-common-message-of-50-million-voices-and-your-personal-stories-The-winning-strategy-for-the-MSPI>





| Prüfung und Einreichung

Bis zum Ende der Unterschriftensammlung für das „Minority SafePack“ im April 2018 konnten 1 320 246 Unterstützungsbekundungen eingeholt werden. Diese wurden den für ihre Prüfung zuständigen Behörden der einzelnen Mitgliedstaaten vorgelegt. Nach dem förmlichen Verfahren erklärten die nationalen Behörden schließlich 1 123 422 Unterschriften für gültig. Die erforderlichen Schwellenwerte wurden in elf Mitgliedstaaten erreicht.⁹

Anschließend wurde die Initiative am 10. Januar 2020 förmlich bei der Europäischen Kommission eingereicht.

Das „Minority SafePack“ war eine der ersten Initiativen, bei denen eine langfristige Strategie für die Einreichung bei der Kommission erarbeitet wurde. Zu diesem Zweck stellte die FUEN ein Team europäischer Rechtsexperten zusammen, das auf der Grundlage der im Rahmen der Initiative vorgelegten Vorschläge eine Reihe konkreter Legislativvorschläge erarbeitete. Dabei handelte es sich im Grunde um einen Leitfaden, in dem Schritt für Schritt die Umsetzung der in der Initiative formulierten Anliegen im gegenwärtigen Rechtsrahmen der EU dargelegt wurde. Diese Vorschläge wurden der Kommission gemeinsam mit den 1 123 422 gültigen Unterstützungsbekundungen vorgelegt.

Die Strategie umfasste zudem eine Unterstützungskampagne der Organisatoren. Sie trafen mit Staatsoberhäuptern, Regierungsvertretern sowie Mitgliedern nationaler Parlamente, des Europäischen Parlaments und regionaler Regierungen zusammen und stellten ihnen die Initiative vor. Die Organisatoren erklärten, dass die „Ergebnisse der Unterstützungskampagne außergewöhnlich waren: In zahlreichen Regionen wurden Unterstützungsbekundungen angenommen, und der Bundestag, das ungarische Parlament sowie die Zweite Kammer der Generalstaaten der Niederlande stimmten über entsprechende Entschlüsse ab. Zudem war das ‚Minority SafePack‘ als erste Europäische Bürgerinitiative Gegenstand einer Plenardebatte im Europäischen Parlament. Im Anschluss an diese Debatte wurde mit großer Mehrheit eine Entschlüsselung angenommen.“



⁹ https://europa.eu/citizens-initiative-forum/blog/minority-safepack-advice-ongoing-initiatives-adapt-new-setting_en

3

Auswirkungen der Kampagne „Minority SafePack“

Überprüfung und Beschluss der Kommission

Nachdem die Initiative am 10. Januar 2020 förmlich eingereicht worden war, trafen die Organisatoren am 5. Februar 2020 mit den Kommissionsmitgliedern **Věra Jourová** und **Mariya Gabriel** zusammen.

Am 15. Oktober 2020 fand eine öffentliche Anhörung im Europäischen Parlament statt, an der Mitglieder des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, des Ausschusses für Kultur und Bildung, des Petitionsausschusses sowie weiterer Ausschüsse des Europäischen Parlaments teilnahmen. Bei dieser Anhörung ergriffen auch führende Vertreterinnen und Vertreter der Europäischen Kommission, des Europarates, der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und des Ausschusses der Regionen das Wort (siehe [Pressemitteilung](#)).

Im weiteren Verlauf wurde die Initiative auf der Plenartagung des Europäischen Parlaments vom 14. Dezember 2020 erörtert. Am 17. Dezember 2020 brachte das Europäische Parlament in einer mit 524 Ja-Stimmen, 67 Nein-Stimmen und 103 Enthaltungen angenommenen Entschließung seine Unterstützung für die Initiative zum Ausdruck. Das Parlament betonte, dass die nationalen und sprachlichen Minderheiten in der EU mit Assimilation und dem Verlust ihrer Sprache konfrontiert sind, die sich in einer sprachlichen und kulturellen Verarmung niederschlagen. Das Europäische Parlament forderte die Kommission auf, Rechtsakte vorzuschlagen, um dieses Problem anzugehen (siehe [Pressemitteilung](#)).

Am 14. Januar 2021 legte die Europäische Kommission eine Mitteilung vor, in der sie die Maßnahmen darlegte, die sie mit Blick auf die Initiative „Minority SafePack“ zu ergreifen gedachte. Die Kommission betonte, dass Inklusion und die Achtung des Reichtums der kulturellen Vielfalt Europas zu ihren Prioritäten und Zielen zählen. Sie wies jedoch auch darauf hin, dass seit der Vorlage der Bürgerinitiative im Jahr 2013 ein breites Spektrum von Maßnahmen zu verschiedenen Aspekten der im Rahmen des „Minority SafePack“ vorgelegten Vorschläge ergriffen wurde. In ihrer Mitteilung bewertete die Kommission jeden einzelnen der neun Vorschläge der Initiative unter Berücksichtigung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit. In ihrem Fazit stellte die Kommission fest, dass zwar keine weiteren Rechtsakte vorgeschlagen werden, die Ziele der Initiative jedoch mit der vollständigen Umsetzung der bestehenden Rechtsvorschriften und Maßnahmen bereits wirkungsvoll unterstützt werden (siehe [Pressemitteilung](#)).



Wie es nach der Kampagne weiterging

Nach der Veröffentlichung der Mitteilung der Kommission brachten die Organisatoren des „Minority SafePack“ ihre Unzufriedenheit über das Fehlen legislativer Folgemaßnahmen zum Ausdruck. Am 24. März 2021 reichte das Bürgerkomitee des „Minority SafePack“ beim Gericht der Europäischen Union eine Klage auf Nichtigerklärung der Mitteilung der Kommission über die Initiative ein.



Tipps und Hinweise für künftige Organisatoren

- Wenden Sie sich aktiv und auf unterschiedlichen Ebenen an potenzielle Interessengruppen. Präsenz an der Basis ist von entscheidender Bedeutung, aber auch die Zusammenarbeit mit politischen Entscheidungsträgern auf europäischer und nationaler Ebene ist maßgeblich für Ihren Erfolg.
- Nehmen Sie sich Zeit, um sich Gedanken über Ihr Zielpublikum zu machen, und stellen Sie sicher, dass Ihre Kommunikationsstrategie auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten ist. Überlegen Sie, in welchen Sprachen Sie sich an Ihr Zielpublikum wenden können. Denken Sie an die Bedeutung lokaler Geschichten, mit denen sich die Menschen identifizieren können, und die Online- und Offline-Kommunikationsmittel. Es ist wichtig, dass Sie Ihre potenziellen Unterstützer über unterschiedliche Kanäle ansprechen.
- Die Dinge laufen nicht immer nach Plan. Wenn Sie sich mit Herzblut für Ihre Sache engagieren, denken Sie kritisch über Ihre Kampagne nach, stellen Sie die Strukturen und Entscheidungen gegebenenfalls infrage und ändern Sie den Kurs, wenn dies erforderlich ist.
- Auch wenn heutzutage ein erheblicher Teil der Unterschriften online gesammelt wird, dürfen Sie nicht vergessen, dass es wichtig ist, auch vor Ort präsent zu sein. Engagement, Gespräche mit den Menschen und der Kontakt zur lokalen Bevölkerung sind von maßgeblicher Bedeutung für die Verbreitung Ihrer Botschaft und die Realisierung der Ziele Ihrer Kampagne.
- Versuchen Sie, in den sozialen Medien präsent zu sein und lokale Persönlichkeiten zu bewegen, sich Ihrer Sache anzuschließen – damit verleihen Sie Ihrer Initiative deutlich mehr Glaubwürdigkeit.